„FDP für Erhalt kleiner Grundschulen: Gewerkschaft kritisiert neue Mindestzahlen“

FDP Sachsen-Anhalt betont: Erhalt kleiner Grundschulen im ländlichen Raum hat Priorität trotz geplanter Mindestschülerzahlen.

Schulgesetzänderung in Sachsen-Anhalt sorgt für hitzige Debatten

In Sachsen-Anhalt wird derzeit eine Schulgesetzänderung diskutiert, die das Schicksal kleiner Grundschulen im ländlichen Raum maßgeblich beeinflussen könnte. Hintergrund dieser Debatte sind die geplanten Mindestschülerzahlen, die künftig für die Erhaltung von Schulstandorten von zentraler Bedeutung sind.

Neue Mindestschülerzahlen als Streitpunkt

Ein Vorschlag des Bildungsministeriums sieht vor, dass für Grundschulen eine Mindestklassenstärke von 25 Schülern notwendig ist. Für ländliche Regionen soll diese Zahl auf 20 Schüler gesenkt werden. Diese Regelung hat eine Welle von Kritik und Bedenken ausgelöst, insbesondere von Seiten der Freien Demokratischen Partei (FDP).

Bedeutung für den ländlichen Raum

Jörg Bernstein, bildungspolitischer Sprecher der FDP, bringt die Sorgen der Politiker zum Ausdruck. Er betont die entscheidende

Rolle kleiner Grundschulen, um die Attraktivität ländlicher Gebiete für junge Familien aufrechtzuerhalten. „Der Erhalt dieser Schulen sichert nicht nur die örtliche Bildung, sondern auch die Zukunft unserer Dörfer“, sagt Bernstein.

Vielfältige Ansätze zur Vermeidung des Schulsterbens

Die Möglichkeit eines „Schulsterbens“ auf dem Land, bedingt durch die neuen Mindestzahlen, wird von Bernstein klar angesprochen. Doch er weist darauf hin, dass der Gesetzentwurf auch zahlreiche Ausnahmen zulässt. Gründe wie bauliche Gegebenheiten, große Entfernungen und andere spezifische Umstände könnten dazu führen, dass kleinere Schulstandorte weiterhin bestehen bleiben. Diese Regelungen sollen sicherstellen, dass die Vielfalt der Schulen im Land gewahrt bleibt.

Die Reaktion der FDP auf das Vorhaben

Bernstein erklärt, dass die FDP die Möglichkeit von Standortfusionen und Kooperationen zwischen Schulen fördern möchte, um die bestmögliche Bildungslandschaft zu gewährleisten. Diese Modelle existieren bereits in Form von Grundschulverbänden und könnten ein Weg sein, um kleinere Schulen finanziell zu stabilisieren.

Fazit: Ein Balanceakt zwischen Bildung und ländlicher Entwicklung

Die Diskussion um die Schulgesetzänderung in Sachsen-Anhalt zeigt, wie wichtig es ist, die Bedürfnisse und Sorgen der ländlichen Bevölkerung zu berücksichtigen. Die Erhaltung kleiner Grundschulen bietet nicht nur einen örtlichen Bildungsrahmen, sondern trägt auch zur Stärkung der Gemeinschaften in weniger urbanen Gebieten bei. Es bleibt abzuwarten, wie die Landesregierung auf die einhergehende

Kritik reagieren wird und welche Anpassungen am
Gesetzentwurf vorgenommen werden, um die Interessen aller
Beteiligten zu berücksichtigen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de